

Nach Schilderung Britos soll die Kolonie, die 1966 im Würgegriff von Rotgardisten und anderer Maoisten lag und kurz vor dem Rückfall an die VR China zu stehen schien, sich dadurch freigekauft haben, daß sie an China 500 kg Gold lieferte, das in mehreren Raten angeliefert wurde und das, wie Brito versichert, mit Hakenkreuz-Stempeln der einstigen deutschen Reichsbank versehen gewesen sei.

Nun muß nicht jedes Gramm „Nazigold“ geplündertes Gold gewesen sein; vieles war auch auf durchaus legalem Weg in damaligen Reichsbesitz gekommen. Die Vermutung aber, daß sich unter diesen Lieferungen auch Gold befunden haben könnte, das in den von deutschen Truppen eroberten Nachbarländern geplündert oder das Holocaustopfern abgenommen worden ist, kann nie ganz von der Hand gewiesen werden, zumal ja Gold, welchen Ursprungs es auch immer gewesen sein mag, regelmäßig umgeschmolzen wurde.

Zu wichtigen Auslagerungsstätten für „Nazigold“ wurde während des Zweiten Weltkriegs nicht nur die Schweiz, sondern auch das dem damaligen Naziregime mit Sympathie gegenüberstehende Portugal. Ein Teil der Goldvorräte aus Deutschland wurden angeblich von Portugal auch angekauft, u.a. über die Schweiz im Jahre 1942. Insgesamt soll Portugal am Ende des Krieges mindestens 500 t „Nazigold“ unter seiner Kontrolle gehabt haben.

Dieser Besitz war für das Land auch deshalb wichtig, weil der Goldhandel damals im Zeichen des Bretton-Woods-Abkommens von 1944 strengen Kontrollen unterlag. Bekanntlich gab es damals einen exakt festgelegten Austauschkurs zwischen den einzelnen Währungen, der wiederum durch den Goldstandard gesichert war.

Portugal gehörte zu jenen Ländern, die sich den Vereinbarungen von Bretton Woods nicht angeschlossen hatten und deshalb in der Lage waren, mit dem Goldhandel beträchtliche Devisenvorräte zu erwirtschaften. Neben dem Glücksspiel gehörte der Goldhandel in den 50er und 60er Jahren vor allem in Macao zu den Haupteinnahmequellen.

Bei einer Pressekonferenz am 10. Januar in Beijing wurde der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Shen Guofang, auf den Goldtransfer nach China im Jahre 1966 angesprochen. Er wies jedoch darauf hin, daß es sich hierbei um ein Gerücht aus Macao handle (BRu, 1998/4, S.10, SCMP, 16.1.98). -we-

Innenpolitik

10 Rufe nach politischen Reformen werden lauter

In den letzten Monaten waren in der Volksrepublik ungewöhnlich viele regierungskritische Äußerungen und Reformappelle aus dem Umfeld der Kommunistischen Partei vernehmbar.

Im Januar gelangte nun ein Reformprogramm mit dem Titel „China braucht wieder einen Wandel - Programmatische Vorschläge der demokratischen Gruppe“ (*zhongguo xu-yao xin de zhuanbian - minzhu pai de ganglingxing yijian*) an die westliche Öffentlichkeit. (ZM, 1998/2, 6f.)

Unterzeichnet und verbreitet wurde das Schreiben von dem 43jährigen Unternehmer und ehemaligen mittlerangigen Regierungskader Fang Jue. Fang arbeitete als Wirtschaftswissenschaftler in unterschiedlichen Forschungsinstituten, bevor er in der Provinzhauptstadt Fuzhou zum Stellvertretenden Direktor der Planungskommission ernannt wurde. Fang, der nicht Mitglied der Kommunistischen Partei ist, verließ die Stadtregierung nach eigenen Angaben 1995, um als selbständiger Unternehmer relative politische Unabhängigkeit genießen zu können.

Obwohl Fang der einzige Unterzeichner ist, betont er, daß das Programm von einer größeren Gruppe reformwilliger Parteimitglieder einschließlich Mitgliedern des ZK-Komitees getragen wird. Nach dem im Hinblick auf politische Reformen enttäuschenden XV. Parteitag im September 1997 hätten sich einige hundert Partei- und Regierungsfunktionäre an informellen

Diskussionen über mögliche Reformschritte beteiligt. Besonders unter den jüngeren Funktionären wachse der Unmut über die überalterte dritte Führungsgeneration, der man die Transformation Chinas in einen modernen Staat nicht zutraue. Aus Angst vor Repressalien sei jedoch keiner der übrigen Befürworter bereit gewesen, sich öffentlich zu dem Reformentwurf zu bekennen.

Die geforderten Reformschritte lassen sich grob in folgenden Stichworten zusammenfassen:

- In Kleinstädten und Kreisen soll die Trennung von Partei und Regierung vollzogen werden und „schrittweise, aber nicht langsam“ auf die höheren Regierungsebenen und schließlich das gesamte System ausgedehnt werden.
- Alle Regierungsämter, einschließlich des Staatspräsidenten, sollen durch freie Wahlen besetzt werden.
- Presse- und Religionsfreiheit sollen gewährt, die Aufsicht über soziale Gruppen und Vereinigungen gelockert werden.
- Die Kommunistische Partei soll die Kontrolle über das Militär aufgeben.
- Die Protestbewegung im Jahr 1989 soll neu bewertet werden.
- In den Verhandlungen mit Taiwan, gegenüber Tibet und Hongkong soll eine flexiblere, außenpolitisch eine USA-freundliche Haltung eingenommen werden.
- Der chinesische Markt soll weiter liberalisiert und die Subventionierung von Staatsunternehmen abgebaut werden. Inländische und ausländische Wettbewerber sollen zu den gleichen Konditionen wirtschaften können.

Während das bereits im November verfaßte Manifest in der Volksrepublik unter reformorientierten Funktionären und Akademikern zirkuliert, veröffentlichten chinesischsprachige Zeitungen in Hongkong und Taiwan den Text in

voller Länge. Der westlichen Presse gab Fang Jue Interviews.

Obwohl die Reformvorschläge mit ihrer klaren Absage an den Führungsanspruch der Partei den bisher schärfsten Angriff auf den kommunistischen Herrschaftsapparat darstellen, hat die chinesische Regierung noch keine Schritte gegen Fang eingeleitet. (IHT, 12.1.1998; *Washington Post*, 1.2.1998; SCMP, 27.1.1998)

Kritik an der Kommunistischen Partei übte unterdessen auch ein ehemaliger Chefredakteur der *Volkszeitung*. Der 83jährige Hu Jiwei war 1990 von seinem Posten enthoben und aus der Partei ausgeschlossen worden, weil er als Sympathisant der Protestbewegung von 1989 galt. Seine Parteimitgliedschaft wurde 1996 jedoch erneuert.

In mehreren Artikeln, die Hu im Dezember 1997 in Hongkonger Zeitschriften publizierte, kommentierte er die Ergebnisse des XV. Parteitags kritisch und beklagte den Führungsstil der Partei. Seit Mao Zedong habe sich die KP von einer Partei, die demokratische Ziele angestrebt hätte, in eine Partei gewandelt, die die Züge einer despotischen Diktatur trage. Diese Züge seien in den vergangenen 20 Jahren bisweilen unsichtbar gewesen, von Zeit zu Zeit jedoch an die Oberfläche getreten. Konkret bezeichnete Hu Jiwei die Absetzung des früheren KP-Generalsekretärs Zhao Ziyang im Jahr 1989 als unrechtmäßig.

Für diese Äußerungen ist Hu Jiwei nach Informationen einer Hongkonger Zeitung von der Propaganda-Abteilung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei gerügt worden, da solche öffentliche Kritik einen Verstoß gegen die Parteidisziplin darstelle. Darüber hinaus soll gegen Hu jedoch nicht vorgegangen werden. (FEER, 22.1.1998; *Sing Tao Jih Pao*, 23.1.1998, nach SWB, 24.1.1998)

Die Auffassung, daß China derzeit eine vergleichsweise tolerante Haltung gegenüber Reformentwürfen und kritischen Verlautbarungen aus reformorientierten Kreisen einnimmt, teilt auch das amerikanische Außenministerium. In seinem jährlich vorgelegten Bericht über die weltweite Entwicklung der Menschenrechte konstatierte

das Ministerium für das Jahr 1997, daß die chinesische Regierung den öffentlichen Ausdruck von Dissens im weitaus stärkeren Maße akzeptierte als noch im Jahr zuvor. (IHT, 31.1./1.2.1998). -mü-

11 Blick auf die Tagesordnung des IX. Nationalen Volkskongresses

Die diesjährige Tagung des Nationalen Volkskongresses (NVK), die am 5. März in Beijing beginnen wird, ist die konstituierende Tagung des neu gewählten IX. NVK. Das Plenum, bestehend aus annähernd 3.000 Delegierten aus allen chinesischen Provinzen, wird sich vor allem mit drei Themen beschäftigen: mit den Arbeitsberichten der Regierung, der Sonderkomitees des NVK und der Justizorgane, mit der Bestätigung von Gesetzes- und Reformentwürfen, die seit dem XV. Parteitag im September 1997 ausgearbeitet wurden, sowie mit Personalabstimmungen. (BR, 20.1.1998)

Mit großem Interesse erwartet wird die Diskussion über ein Reformprogramm zum organisatorischen Umbau der Zentralregierung, das die Handschrift von Zhu Rongji trägt. Teile dieses Entwurfs sind bereits bekanntgeworden. Demnach ist geplant, den aufgeblähten, schwerfälligen Regierungsapparat drastisch umzustrukturieren. Bis zu acht Ministerien könnten aufgelöst und in Holdinggesellschaften umgewandelt werden, andere sollen zu effizienter arbeitenden Einheiten zusammengeschlossen werden. Von dieser „großen Lösung“ wären bis zu einem Drittel aller Bediensteten der Zentralregierung betroffen. Sie sollen größtenteils jedoch nicht entlassen, sondern in den Unternehmen der neuen Holdings untergebracht werden. (SCMP, 7.2.1998; *Sing Tao Jih Pao*, 20.1.1998, nach SWB, 21.1.1998)

Die Personalabstimmungen des NVK werden in diesem Jahr ein besonders umfangreicher Programmpunkt sein, da die Amtszeiten aller Politiker in führenden Positionen zu Ende gehen. Die Vollversammlung wird deshalb unter anderem über die Wahl des Staatspräsidenten, des Premierministers und des Vorsitzenden des

NVK abstimmen. Nach dem Verlauf des letzten Parteitags gilt jedoch als sicher, daß Jiang Zemin als Staatspräsident und Vorsitzender der Zentralen Militärkommission bestätigt werden wird. Der derzeitige Premierminister Li Peng, dessen Amtszeit nicht ein drittes mal verlängert werden kann, wird aller Voraussicht nach die Nachfolge Qiao Shis als Vorsitzender des NVK antreten. Das Amt des Premierministers soll der Finanzexperte Zhu Rongji übernehmen.

Personelle Überraschungen könnte es jedoch im erweiterten Führungskreis geben. Für diesen konnten Zeitungsberichten aus Hongkong zufolge noch nicht alle Personalfragen einvernehmlich entschieden werden. (SCMP, 22., 27.1.1998; *Ping Kuo Jih Pao*, 19.1.1998, nach SWB, 21.1.1998) -mü-

12 Neuer Anlauf in der Korruptionsbekämpfung - und neue Korruptionsfälle

Zum Jahreswechsel bekräftigten Partei- und Regierungsspitze zu verschiedenen Anlässen ihren Willen, strikt und systematisch gegen die Bestechlichkeit und die Verschwendung öffentlicher Gelder innerhalb der Kommunistischen Partei und der Regierung vorzugehen. Gleichzeitig gestanden führende Politiker ein, daß man der korrupten Praktiken trotz aller Anstrengungen der letzten Jahre bislang nicht Herr werden konnte. (SCMP, 7.2.1998)

Auf einer Sitzung der ZK-Disziplinarkontrollkommission vom 20.-22. Januar, an der hochrangige Politiker und Vertreter der Disziplinarorgane auf zentraler und lokaler Ebene teilnahmen, wurden die Schwerpunkte in der Korruptionsbekämpfung für dieses Jahr festgelegt. Danach sollen die bereits bekanntgewordenen Korruptionsfälle besonders auf höchster Ebene zügig abgeschlossen werden. Das Hauptaugenmerk müsse jedoch darauf liegen, die Aufsicht über die Partei- und Regierungsfunktionäre auf allen Ebenen zu intensivieren. Zu diesem Zweck sollen die Disziplinarorgane der Partei in Provinzen und Kreisen gestärkt werden. Mit einer genaueren Überprüfung müssen Funktionäre den Absichtsbekundigungen der Kontroll-

kommission zufolge im Hinblick auf die Mittel rechnen, die sie für Baumaßnahmen und Büroausstattung, für Arbeitstreffen und Bankette sowie für Mobiltelefone und Dienstwagen veranschlagen. Ferner soll besonders in solchen Fällen ermittelt werden, in denen von Bauern und Unternehmen illegale Abgaben und Sonderzahlungen erpreßt werden.

Größeres Gewicht als bislang soll auf die gesetzlichen Möglichkeiten zur Verfolgung von Korruption, auf die Verrechtlichung der Machtausübung und das Etablieren demokratischer Kontrollmechanismen gelegt werden. (XNA, 23.1.98, SCMP, 22.1.1998)

In einem Interview mit der chinesischen Wochenzeitung *Ausblick (Liaowang)* hob Wei Jianxing, Vorsitzender der ZK-Disziplinarkontrollkommission, den Handlungsbedarf in der Korruptionsbekämpfung besonders für das Rechnungs- und das Finanzwesen sowie für den Bausektor vor.

Im Finanzwesen soll demnach die Einhaltung der staatlich vorgeschriebenen Zinshöhe besonderer Überwachung unterliegen. Angestellte und Manager in staatlichen Einheiten sollen Bankkonten zukünftig nur noch unter den Namen ihrer Einheit eröffnen können, um die Einrichtung von geheimen Konten zu verhindern. Zudem seien die Staatsbetriebe aufgefordert, externe Fachleute zu Rate zu ziehen, um das betriebliche Rechnungswesen effizienter zu gestalten. (SCMP, 9.2.1998) Für den Bausektor wurde bereits ein Gesetz verabschiedet, das am 1. März in Kraft treten wird und korrupten Praktiken entgegenwirken soll. Alle staatlichen Bauvorhaben, die nicht Fragen der nationalen Sicherheit berühren, müssen danach öffentlich ausgeschrieben werden. Die Weitergabe von Aufträgen an Subunternehmer soll nur noch unter der Aufsicht einer neu errichteten Dienststelle des Bauministeriums möglich sein. (AWSJ, 9./10.1.1998)

In der Zwischenzeit meldete die Nachrichtenagentur Xinhua zwei Korruptionsfälle, in die hohe Parteifunktionäre verstrickt sind: Chu Shijian, Vorsitzender des größten chinesischen Tabakkonzerns, „Rote Pagode“, ist wegen Unterschlagungen aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen

worden. Die Justizbehörden ermitteln derzeit gegen ihn. Chu selbst wird vorgeworfen, 1,7 Mio. US\$ veruntreut zu haben. Seine Tochter, seine Frau und weitere Angehörige werden beschuldigt, insgesamt Bestechungsgeldern in Höhe von annähernd 5 Mio. US\$ angenommen haben. (XNA, 26.1.1998) Chus Ehefrau und seine Tochter sollen bereits 1995 verhaftet worden sein, die Tochter im Gefängnis Selbstmord begangen haben. Chu selbst soll im Juli vergangenen Jahres bei dem Versuch, nach Vietnam zu fliehen, aufgegriffen worden sein. (AWSJ, 29.1.1998)

In einem zweiten Fall wurde der ehemalige stellvertretende Gouverneur der Provinz und Sonderwirtschaftszone Hainan, Xin Yejiang, aus der Partei ausgeschlossen. Nach seiner Amtszeit als stellvertretender Gouverneur wurde Xin 1993 stellvertretender Vorsitzender des Kontrollausschusses für Wertpapierhandel in Hainan. In dieser Funktion war Xin an Entscheidungen darüber beteiligt, welche Unternehmen an der Börse notiert wurden. Xin wird beschuldigt, mehrere Male Bargeld und Geschenke von Unternehmen angenommen zu haben, die den Gang an die Börse beantragt hatten. (XNA, 26.1.1998; NZZ, 28.1.1998)

Die angekündigte verstärkte Wachsamkeit gegenüber Bestechlichkeit und Vetternwirtschaft und die Bekanntgabe von Korruptionsfällen auf höchster Ebene lassen sich wohl vor allem mit einem Blick auf Chinas asiatische Nachbarn erklären: Personalverflechtungen und Bestechungsfälle - gerade im Finanz- und Immobiliensektor - haben dort zur gegenwärtigen Krise beträchtlich beigetragen. -mü-

13 Nachbesserungen des Strafprozeßgesetzes

Das Oberste Volksgericht und die Oberste Volksstaatsanwaltschaft haben gemeinsam mit dem Ministerium für Öffentliche Sicherheit am 19. Januar dieses Jahres neue Bestimmungen zum chinesischen Strafrecht veröffentlicht.

Nach einem Bericht der Rechtsordnungszeitung (*Fazhi Ribao*, 20.1.1998) werden darin deutlicher als bisher

die Kompetenzen und Aufgaben von Polizei (Behörden für Öffentliche Sicherheit), Staatsanwaltschaft und Gerichten voneinander abgegrenzt. In die Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft fallen demnach Unterschlagung und Bestechlichkeit, Amtsdelikte und Straftaten von Staatsbediensteten in Form von rechtswidrigen Inhaftierungen, Erpressung von Geständnissen durch Folter, falsche Beschuldigungen, rechtswidrige Durchsuchungen sowie Verletzungen der bürgerlichen und demokratischen Grundrechte von Beschuldigten. Rechtsfälle, die Steuerangelegenheiten betreffen, sollen künftig dagegen von den Behörden für Öffentliche Sicherheit bearbeitet werden.

In den Bestimmungen wird außerdem bekräftigt, daß über Haftbefehle die Staatsanwaltschaft und nicht die Polizei entscheidet.

Zudem sind neue Fristen festgelegt worden, in denen die zuständigen Behörden einzelne Verfahrensschritte einleiten und Entscheidungen treffen müssen. So sollen Angeklagte mit dem von ihnen selbst oder von Familienangehörigen beauftragten Anwalt gleich zu Beginn der polizeilichen Ermittlungen Kontakt aufnehmen dürfen. Ein Treffen zwischen Anwalt und Mandanten müssen die Ermittlungsbehörden dann unter normalen Umständen innerhalb von 48 Stunden ermöglichen. Nur in schwierigen Fällen, in denen eine größere Zahl Verdächtiger verwickelt ist, darf diese Frist auf fünf Tage ausgedehnt werden. Es wird betont, daß eine spezielle Genehmigung für die Zusammenkunft von Verteidiger und Mandanten nicht erforderlich ist. Von dieser Regelung sollen nur solche Fälle ausgenommen werden, in denen Staatsgeheimnisse berührt werden könnten.

Durch die neuen Bestimmungen, die insgesamt 48 Paragraphen umfassen, sollen Ungenauigkeiten und Lücken im Strafrecht beseitigt werden. Frühere Richtlinien, die damit nicht im Einklang stehen, sind durch die Neuregelung aufgehoben geworden. (*Fazhi Ribao*, 20.1.1998; SCMP, 20.1.1998)

Eine grundlegende Neufassung erfuhr das Strafprozeßgesetz der VR China bereits im Jahr 1996, als wichtige internationale Rechtsstandards Eingang in das chinesische Recht fanden. (Sie-

he C.a. 96/3, 259-264) Im polizeilichen und gerichtlichen Alltag werden die Reformen jedoch nur schleppend umgesetzt. Besonders im Umgang mit Inhaftierten werfen Menschenrechtsorganisationen der chinesischen Justiz weiterhin Willkür und schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen vor. Trotz dieser Vorbehalte ist in der jetzt beschlossenen Nachbesserung das Bestreben erkennbar, den Verfahrensablauf berechenbar zu gestalten und dadurch den Beschuldigten im Strafprozeß besser zu schützen. -mü-

14 Personalentscheidungen in den Provinzen

Im Dezember und Januar wurden in den meisten der 31 chinesischen Provinzen, Autonomen Regionen und Regierungsunmittelbaren Städte Abstimmungen über politische Führungspositionen durchgeführt. Auf Provinzebene wurde über die wichtige Position des Gouverneurs und - politisch weniger bedeutsam - über das Amt des Vorsitzenden des Volkskongresses entschieden.

In bislang 18 Provinzen wurden die Amtsinhaber in ihrer Position als Gouverneur bestätigt. Neubesetzungen gab es an nur vier Orten, nämlich in den Provinzen Yunnan und Liaoning sowie in den Autonomen Regionen Guangxi und Innere Mongolei. Etwas häufiger kam es zu Wechseln beim Amt des Volkskongreßvorsitzenden. In einzelnen Provinzen hat die Personalunion von Parteisekretär und Gouverneur beziehungsweise Gouverneur und Volkskongreßvorsitzendem weiterhin Bestand.

Über die Gründe für die personellen Veränderungen oder von möglichen Personalstreitigkeiten ist in diesem Jahr kaum etwas bekannt geworden. Denn obwohl die Entscheidung über die Besetzung von Führungspositionen in den Provinzen generell von der Zentralregierung gefällt und von den regionalen Volkskongressen nur bestätigt wird, versuchten Provinzen in den vergangenen Jahren öfters - und mit gemischtem Erfolg-, aus ihrer Sicht unerwünschte Personalentscheidungen zu verhindern.

Heftige Diskussionen zwischen Zentral- und Provinzregierung um die Neubesetzung der Provinzspitze gab es laut der Hongkonger Monatszeitschrift *Die Neunziger (Jiu Shi Nian-dai, 1998/2, 37ff)* jedoch in Guangdong:

Im Vorfeld der Gouverneurswahlen stand die Provinz wegen ihres „Regionalismus“ in der Kritik der Zentrale. So bemängelte der stellvertretende Ministerpräsident Zhu Rongji auf einer unangekündigten Inspektionsreise nach Shenzhen die Mißstände in Guangdong's Bankensystem, das Ausbleiben von Steuerzahlungen an die Zentrale sowie den Verfall der öffentlichen Ordnung und drohte mit personellen Konsequenzen. (SCMP, 14.1.1998) Beobachter schilderten, daß der amtierende Gouverneur Lu Ruihua und der Parteisekretär Xie Fei, beide aus Guangdong, nur durch intensives Lobbying ihre Abwahl bzw. Absetzung verhindern konnten. Gleichzeitig machte die chinesische Führung jedoch den aus Chinas Nordosten stammenden Wang Qishan, der als Gefolgsmann Zhu Rongjis gilt, zum stellvertretenden Gouverneur. Zu personellen Änderungen im Sinne Beijings kam es außerdem an der Regierungsspitze der beiden wichtigen Städte Shenzhen und Zhuhai.

In den Provinzen, in denen die Gouverneurswahlen jetzt noch ausstehen, wird die Zentralregierung vermutlich konfliktfreie Lösungen in Personalfragen suchen, um die in der Parteipresse derzeit wieder beschworene Einheit von Zentrale und Provinzen unmittelbar vor Beginn des IX. NVK nicht zu gefährden. -mü-

15 Doping in China nicht vom Staat organisiert

Bei der Schwimm-WM im australischen Perth fiel der chinesische Verband weniger durch herausragende Leistungen als vielmehr durch Dopingverhalten auf.

Schon bei der Einreise hatte der australische Zoll Ampullen mit verbotenen Wachstumshormonen im Gepäck einer Schwimmerin sichergestellt, die daraufhin für vier Jahre von inter-

nationalen Wettkämpfen ausgeschlossen wurde. In den folgenden Wettkampftagen wurden vier weitere chinesische Sportler von der WM suspendiert, weil ihnen die Einnahme von Medikamenten, die zur Verschleierung anderer Dopingmittel dienen, nachgewiesen worden war. Schließlich wurden die Dopingfahnder im Quartier des chinesischen Teams erneut fündig, nachdem dieses bereits abgereist war.

Bemerkenswert an diesen Vorfällen ist, daß die chinesischen Schwimmer des Dopings überführt werden konnten, obwohl die Tests dem chinesischen Verband angekündigt worden waren. Dieser Umstand macht die Einschätzung von Anti-Doping-Experten glaubhaft, daß in China - anders als in der DDR - Doping nicht zentral vom Staat gesteuert wird. So hat der nationale Schwimmverband erst kürzlich ein eigenes System zur Dopingkontrolle aufgebaut.

Fachleute gehen vielmehr davon aus, daß vor allem in den Trainingscamps der Provinzen und Städte mit verbotenen Präparaten experimentiert wird. Hier würden die Schwimmer in erster Linie auf die nationalen Titelkämpfe vorbereitet, in denen es für Sportler, Provinzen und Sponsoren um mehr Geld und Prestige gehe als bei internationalen Wettkämpfen. Dementsprechend groß sei der Druck für Sportler und Trainer, auch zu unerlaubten Mitteln zu greifen, und dementsprechend freigebig unterstützten Politiker und Unternehmer diese Praktiken. (FAZ, 10./15.1.1998; SZ, 10./11.,22.1.1998) -mü-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

16 Akademie der Sozialwissenschaften in Gefahr?

Die Chinesische Akademie der Sozialwissenschaften scheint sich in Schwierigkeiten zu befinden. Neben der Finanzknappheit werden vor allem Pro-